

Beschluss Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend: Radikaler Klimaschutz jetzt!

Gremium: Landesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 23.03.2025
Tagesordnungspunkt: 17. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Die nächsten 5 Jahre werden entscheidend dafür sein, ob Berlin die Pariser
2 Klimaschutzziele einhalten kann. In den nächsten 5 Jahren entscheiden wir, wie
3 wir zukünftig leben wollen und können. Der Deutsche Wetterdienst und auch der
4 Klimawandeldienst Copernicus bescheinigen, dass 2024 das wärmste Jahr seit 1850
5 war. Erstmals lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem
6 vorindustriellen Niveau. Das ist ein massives Problem: Mit der Überschreitung
7 der 1,5 Grad Grenze droht das Überschreiten von planetaren Kippunkten und das
8 Eintreten von irreversiblen Schäden, die unser Überleben gefährden. Schon jetzt
9 sterben in Deutschland Menschen an den Folgen der Klimakrise. In Berlin ist
10 insbesondere Hitze ein Problem. Wir müssen jetzt handeln, denn jede Tonne
11 ausgestoßene Treibhausgase zählt. Gleichzeitig sehen wir, dass der schwarz-rote
12 Senat die existenzielle Notwendigkeit von Klimaschutz verkennt und dringend
13 benötigte Schutzmaßnahmen für die Menschen in unserer Stadt nicht umsetzt. Dabei
14 gibt es so viel zu tun:

15 Klimagesetz stärken

16 Die Zeit wird knapp. Wenn Berlin die nächsten 5 Jahre nicht auf Vollgas-
17 Klimaschutz umstellt, wird das 2030-Ziel faktisch unerreichbar. Das
18 Klimaschutzgesetz und die Selbstverpflichtungen von Paris reichen nicht aus,
19 schon jetzt haben wir die 1,5 Grad Marke überschritten. Wir müssen
20 ambitionierter werden und nicht erst 2050 wie das Klimaschutzgesetz Berlins,
21 oder 2045 wie die Grünen Berlin für die Klimaneutralität anstreben, sondern
22 bereits 2030 klimaneutral zu sein, muss unsere Maßgabe sein. Aus den Zielen im
23 Berliner Klimaschutzgesetz müssen Verpflichtungen werden, die bei
24 Nichteinhaltung sanktionsfähig sind und Interventionen nach sich ziehen.

25 Klimaschutz geht nur sozial gerecht

26 Klimaschutz und Sozialpolitik gehören für uns untrennbar zusammen. Das wollen
27 wir im Wahlprogramm der Grünen genau so festschreiben. Denn: Für den Klimaschutz
28 dürfen Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Her mit dem Klimageld
29 auf Bundesebene! Berlin muss zudem sicherstellen, dass Klimaschutz durch
30 Sanierungen nicht zu teuren Nettowarmmieten führt. Für uns ist klar: Für
31 Klimaschutzmaßnahmen müssen immer die Akteure zahlen, die sie verursachen:
32 Klimaverschmutzende Konzerne!

33 Energieversorgung neu denken: Berlin als Solarstadt

34 Berlin muss massiv in erneuerbare Energien investieren, um unabhängig von
35 fossilen Energien zu werden. Es darf keine neuen Investitionen in fossile
36 Energien geben.

37 Dafür braucht es eine Solarpflicht: Solaranlagen zu installieren muss bei
38 Neubauten und Sanierungen verpflichtend werden. Öffentliche Gebäude,
39 Gewerbedächer, an Fassaden und über Parkplätze, überall müssen Solaranlagen
40 angebracht werden. Damit die Nettowarmmieten gleich bleiben, braucht es eine

41 umfassende finanzielle Unterstützung. Zudem müssen bürokratische Hürden in der
42 Beantragung und Genehmigung abgebaut werden, mehr Personal in den relevanten
43 Verwaltungen angestellt werden und umfassende Beratungs- und
44 Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

45 Die Berliner Stadtwerke sollen in den umliegenden Bundesländern erneuerbare
46 Energie-Infrastruktur kaufen. Außerdem sollen die Berliner*innen dabei
47 unterstützt werden Energiegenossenschaften zu gründen und ihren Strom oder ihre
48 Wärme selbst zu produzieren. Damit dieses Angebot auch von Menschen mit wenigen
49 finanziellen und zeitlichen Ressourcen genutzt werden kann, sollen
50 Quartiersmanagementbüros aufsuchende Pilotprojekte starten.

51 Keine Profite mit unseren Grundbedürfnissen!

52 Berlin hat die Strom- und Fernwärmenetzwerke zurück zurückgekauft. Wärme und
53 Strom sind Grundbedürfnisse und dürfen nicht Profitlogiken unterliegen. In einem
54 klimaneutralen Berlin werden wir absehbar kein fossiles Gas und dadurch auch
55 keine Gasverteilnetze mehr benötigen. Es muss daher still gelegt werden. Zentral
56 für uns ist, dass dieses auslaufende Modell nicht zum Profit privater
57 Unternehmen und zur Belastung öffentlicher Kassen sowie der betroffener
58 Berliner*innen werden darf. Betroffene müssen rechtzeitig über die Stilllegung
59 informiert und die Beschäftigten in den Prozess eingebunden werden. Wie Strom
60 und Wärme produziert und verteilt werden, wollen wir gemeinsam demokratisch
61 entscheiden. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einer Einführung eines
62 Verwaltungsrates bei BEW wie ihn der Berliner Energietisch vorgeschlagen hat.
63 Das Berliner Wärmenetz ist veraltet und muss massiv umgebaut werden, um
64 zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden. Die GASAG muss bei den
65 Investitionen für die Umstellung des Energiesystems auf erneuerbare Energien
66 beteiligt werden, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Auch das Stromnetz
67 muss zukünftig umfassend ausgebaut werden, um neuen Bedarfen gerecht zu werden:
68 neue Wärmepumpen, das Einspeisen von erneuerbaren, dezentral produzierten Strom
69 und Ladestationen überall in der Stadt. Berlin muss diese Chance nutzen, die
70 Klimapolitik direkt zu steuern. Wer Strom und Wärme bezieht, sollte auch
71 mitentscheiden können, wie sie produziert wird. Strom und Wärmekosten dürfen
72 nicht ins Unermessliche steigen. Deswegen ist es wichtig die Verbraucher*innen
73 mit einem Energie- und Wärme-Preisdeckel zu schützen. Wir wissen, der Markt
74 regelt nicht, sondern die Politik muss den Rahmen setzen.

75 Der Wärmewende einheizen

76 Rund die Hälfte der CO₂-Emissionen in Berlin kommt aus der Gebäudewärme. Wenn
77 Berlin klimaneutral werden will, muss die Wärmeversorgung radikal umgestellt
78 werden. Zu lange aber wurde die Wärmewende verschlafen - wir brauchen jetzt
79 Antworten, Lösungen und Unterstützungsangebote für Privathaushalte und
80 Verbraucher*innen: Welche Wärme für sie infrage kommt, was in ihrem Viertel
81 entstehen wird und welche Gemeinschaftslösungen kman finden kann. Berlin hat
82 einen hohen Anteil an Fernwärme. Sowohl die dezentrale Wärmeversorgung, als auch
83 die Fernwärme beruhen jedoch weiterhin zu großen Anteilen auf Ergas. Auch hier
84 muss der Gasausstieg und eine Dekarbonisierung stattfinden. Das Gasnetz muss
85 stillgelegt werden, statt es für Wasserstoff umzuwandeln:

86 Wasserstoff dezentral zu verwenden ist ineffizient. "Grün" ist Wasserstoff nur,
87 wenn er aus Überschüssen erneuerbarer Energie erzeugt wird. Für die Gewinnung
88 von Wasserstoff entsteht somit ein zusätzlicher Strombedarf. Auch hier bestehen

89 Risiken von neuen Abhängigkeiten und unkontrollierten Transportwegen, die zudem
90 technisch fragwürdig sind. Die Herstellung von "blauem" Wasserstoff ist nicht
91 erneuerbar, bleibt von fossilen Energieträgern abhängig und ist sehr
92 energieaufwendig. Blauer Wasserstoff ist wie CCS eine Ablenkungstaktik, die
93 letztendlich zu weiteren Investitionen für fossile Energieträger führt und wird
94 die Klimakrise nicht lösen. Eine Umwandlung des Gasnetzes in ein Wasserstoffnetz
95 lehnen wir deswegen ab. Die Verbraucher*innen müssen in den Prozess der
96 Transformation mit eingebunden und rechtzeitig informiert, sowie in der
97 Umrüstung auf Wärmepumpen oder wenn nötig auf Fernwärme unterstützt werden.

98 Die Wärmeversorgung muss unabhängig von fossilen Rohstoffen werden. Damit
99 Fernwärme in Berlin klimafreundlich wird und bezahlbar bleibt, braucht es einen
100 neuen Plan, der konsequent sämtliche Abwärme-, Umweltwärme-, Erdwärme- und
101 Wärmespeicherpotenziale ausschöpft und anerkennt, dass der Einsatz von Biomasse,
102 Müll und Wasserstoff nicht klimafreundlich ist und auf ein Minimum begrenzt
103 werden muss. Fernwärme ist nur sinnvoll als Klimaschutzmaßnahme, wenn sie
104 erneuerbar erzeugt wird.

105 Auch Biomasse ist hier nicht die Lösung. Holzverbrennung verursacht darüber
106 hinaus gesundheits- und klimaschädliche Feinstaub- und Rußbelastungen.
107 Holzverbrennung ist eine Hypothek auf die Zukunft – es braucht Jahrzehnte bis
108 Jahrhunderte, bis das durch die Verbrennung freigesetzte CO₂ wieder durch
109 nachwachsende Bäume gebunden ist. Statt Holz zu verfeuern, sollte es entweder
110 zum Biodiversitäts- und Klimaschutz im Ökosystem Wald verbleiben oder stofflich,
111 z.B. als Bau- oder Dämmstoff, genutzt werden. Nur so bleibt klimaschädliches CO₂
112 für einen möglichst langen Zeitraum im Holz gebunden.

113 Auch die Abfallverbrennung verursacht Treibhausgase. Die Abwärme der
114 existierenden unvermeidlichen Müllverbrennung soll jedoch genutzt werden. Die
115 Müllproduktion und Verbrennung soll insgesamt im Sinne der Berliner Zero-Waste-
116 Strategie möglichst gesenkt werden. Vermeidung, Wiederverwendung und Recycling
117 gehen vor. Zusammen mit den Beschäftigten der BWE und der Zivilgesellschaft soll
118 ein Konzept erarbeitet werden, wie Fernwärme zu 100% erneuerbar werden kann.

119 Zudem fordern wir massive Investitionen in dezentrale Wärmepumpen, die dem
120 Gasnetz Konkurrenz machen, aber auch zentrale Großwärmepumpen. Die Investitionen
121 in Wärmepumpen schützen vor alten Gas- und neuen Wasserstoffabhängigkeiten.

122 Es braucht Investitionen in den Ausbau von Geothermie und die effizientere
123 Nutzung von Abwärme von Abwasser, Flusswasser, Rechenzentren und
124 Industriegebieten. Wo nicht Photovoltaik genutzt wird, muss auch die
125 Solarthermie ausgebaut werden. Zudem müssen Flächen für Wärmeplanung vorgesehen
126 werden. Projekte zum Ausbau von dezentralen Wärmepumpenclustern und zur
127 Gebäudesanierung sollen finanziell und durch Beratungsangebote unterstützt
128 werden für eine niedrigschwellige und selbstbestimmte Transformation der
129 Wärmeversorgung. Wichtig ist insbesondere, dass finanzielle Mittel nicht erst
130 von den Privatpersonen vorgestreckt werden müssen, damit sich alle Menschen die
131 Transformation leisten können.

132
133 Wir wissen aber, dass nicht alle Berliner*innen in Fernwärmenetzgebieten wohnen.
134 Gerade in Gebieten, in denen keine Fernwärme umsetzbar ist, muss über
135 Alternativen aufgeklärt und Lösungen wie Nahwärmenetze und nachbarschaftliche
136 Lösungen gefördert werden. Wir fordern deshalb, dass der Senat Wärmeberatungen

137 in allen Bezirken finanziert und gesetzliche sowie verwaltungstechnische Hürden
138 für Nahwärmenetze und kooperative Lösungen zwischen privaten und öffentlichen
139 Abnehmer*innen fördert.

140 Her mit der Kohle - Weg mit der Schuldenbremse!

141 CO2 und Treibhausgasemissionen müssen radikal gesenkt werden. Zudem braucht es
142 die beschriebenen umfassenden Anpassungsmaßnahmen, damit wir zu jeder Jahreszeit
143 gut in unserer Stadt leben können. Das alles kostet Geld: deswegen bekräftigen
144 wir: Weg mit der Schuldenbremse. Wir brauchen massive Investitionen in
145 Klimaschutz, Klimaanpassungsmaßnahmen und Klima-Infrastruktur wie die Sanierung
146 öffentlicher und privater Gebäude, die Geothermie, den Solarausbau und eine
147 zukunftsfähige Wärmeversorgung.

148 Wir dürfen nicht vernachlässigen, dass die Klimakrise auch eine komplexe
149 ökologische Krise und Querschnittsthema ist, deswegen fordern wir:

150 • Vegan- und Bio-Standard: vegane, vegetarische, bezahlbare und nachhaltige
151 Optionen in allen Kitas, Schulen und Behörden, Verbot von fleischhaltigen
152 Angeboten. Jede öffentliche Einrichtung (Schulen, Universitäten, Behörden,
153 Krankenhäuser) sollte täglich eine vollwertige, bezahlbare vegane Mahlzeit
154 anbieten. Subventionen für Fleisch- und Milchprodukte müssen gestrichen
155 oder auf nachhaltige pflanzliche Alternativen umgelenkt werden.

156 • Tierfreundliches Stadttauben-Management

157 ◦ Betreute Taubenschläge mit Eiertausch statt Töten: Erfolgreiche
158 Konzepte aus anderen Städten (z. B. Augsburg) sollten auch in Berlin
159 umgesetzt werden.

160 ◦ Verbot der privaten Fütterung, aber Einrichtung offizieller
161 Futterstellen: Um unkontrollierte Vermehrung und gesundheitliche
162 Probleme zu verhindern.

163 • Ökologie

164 ◦ Insekten sichern Ökosysteme – Bestäubung, Bodenfruchtbarkeit und
165 Nahrungsnetze hängen direkt von Insekten ab. Gesunde Ökosysteme mit
166 hoher Biodiversität sind widerstandsfähiger gegen Klimafolgen.

167 ■ Verbot von Schottergärten: Diese sind ökologisch wertlos und
168 zerstören Lebensräume für Insekten und Kleintiere.

169 ■ Pflicht für insektenfreundliche Beleuchtung: Straßenlaternen
170 und Gebäudeleuchten müssen so umgerüstet werden, dass sie
171 nachtaktive Insekten nicht anlocken und töten.

172 ■ Schaffung von mehr Blühstreifen und geschützten Nistflächen
173 für Bienen

174 ■ Mehr Mittel für eine nachhaltige Grünpflege, welche
175 insbesondere Berliner Zielarten in den Fokus nimmt

176 ◦ Moore und Feuchtwiesen speichern Kohlenstoff und tragen aktiv zu
177 mehr Klimaschutz bei. Wir fordern deshalb, dass im Sinn der
178 Klimaziele die konsequente Wiedervernässung von Mooren und
179 Feuchtwiesen in Berlin vorangetrieben wird. Es muss sichergestellt
180 werden, dass alle diese Flächen angemessen mit Wasser versorgt
181 werden.

182 ◦ Waldumbau konsequent vorantreiben: Um die Berliner Wälder
183 resilienter gegen Trockenheit und Waldbrände zu machen und die
184 Anreicherung von Grundwasser zu stärken, brauchen wir mehr
185 Mischwälder. Das unter Rot-Grün-Rot gestartete Programm zum Umbau
186 der Berliner Wälder muss vorangetrieben werden. Auch den Bezirken
187 müssen entsprechende Mittel zum Umbau von Park- und Grünflächen zur
188 Verfügung gestellt werden.

189 Klimaanpassung konsequent umsetzen

190

191 Bereits heute süren wir wie Hitzewellen und Extremwetterereignisse das Berliner
192 Stadtklima massiv beeinflussen. Die zunehmende Erderwärmung verschärft diese
193 Entwicklung. Wasser wird in der Stadt zunehmend zu einer knapperen Ressource
194 und gleichzeitig spüren vor allem Menschen mit geringen Einkommen und in der
195 Obdachlosigkeit die Erhitzung der Stadt am stärksten. Wir fordern deshalb:

196 • Entsiegelung und Begrünung muss vorangebracht werden: Es geht nicht, dass
197 Schwarz-Rot die Entsiegelungsmittel des Stadtverschönerungsprogramms
198 eingestampft hat. Fakt ist: Wenn wir Klimaschutz vor Ort leisten wollen,
199 brauchen wir mehr Entsiegelung, mehr Begrünung und mehr Schatten. Wir
200 brauchen hierfür eine unkomplizierte, direkte Hilfe für die Bezirke.

201 • Hitzehilfe im Sommer: Gerade einkommensschwache und obdachlose Menschen
202 sind im Sommer Hitzewellen oft schutzlos ausgeliefert. Parallel zur
203 Kältehilfe brauchen wir im Sommer eine flächendeckende Hitzehilfe, um
204 kühle Räume, medizinische Unterstützung und Schutz zu bieten.

205 • Wasserverschwendung entgegenzutreten: Während Trockenperioden in Berlin
206 immer mehr zur Regel und das Wasser in der Spree immer knapper wird, gibt
207 es weiterhin sowohl umfassende, kostenlose Entnahmen von Wasser aus
208 Fließgewässern sowie Menschen, die für Rasen und Pool massive Mengen
209 Wasser verwenden. Wir fordern, dass es unterschiedliche Wassertarife für
210 Normal- und Großverbraucher geben soll.

211 Die Klimakrise war 2021 und 2023 das bestimmende Thema und der rote Faden im
212 Wahlprogramm der Grünen für die Abgeordnetenhauswahl. Die Krise hat sich
213 zugespitzt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grünen Berlin nicht hinter ihren
214 bisherigen Forderungen zurückbleiben und sozialgerechten Klimaschutz wieder als
215 ein zentrales Thema in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes und ihres gesamten
216 politischen Arbeitens stellen. Wenn nicht wir, wer sonst? Das Thema Klima muss
217 auch gesamtgesellschaftlich wieder ein zentrales Thema werden. Die Krise löst
218 sich nicht von selbst, wenn wir einfach nicht darüber sprechen. Auch die
219 Verteidigung des Tempelhofer Felds, des Emmauswalds, der A100 und der Wuhlheide
220 sind Kämpfe im Kontext der Klimakrise und des Kapitalismus.

- 221 Im Wahlprogramm Prozess setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein
222 wissenschaftliche und aktivistische Expert*innen zum Thema Gasausstieg und Wärme
223 Potentialen hinzuzuziehen.